

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: 81  
Verolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 12 Uhr bis 17 Uhr  
Zurich, Sprechstunde: Dienstag u. Freitag von 18 bis 19 Uhr

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Rottfahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank  
Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.  
Postfachkonto Berlin 928 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Träger-  
lohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung - Vorauszahlung  
Postbezug inkl. Postgebühren 3,50 Mark; Streckenpost im Inland, sowie nach  
Oesterreich, Litauen, Luxemburg, Danzig, Memel- und Sarggebiet 4,50 Mk.,  
übrige Länder 4,80 Mark

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12 getheilte Nummerzeitung 60 Pf. Arbeiter-  
organisations- und Familienanzeigen: Seite 65 30 Pf.  
Kleine Anzeigen: Seite 13 10 Pf., Wochenbeilage 20 Pf., we-  
sonders kurz 50 Pf. Arbeitsverträge: Seite 5 3 Pf.  
Anzeigenabteilung: Seemannstraße 12; Tel.: (P 5) Bergmann 2577, 4494.

## Heute Spruch des Arbeitsgerichts

### Sichert die Ruhrfront!

### Fünf Jahre nach dem Parteiverbot

Der Kampf an der Ruhr steht vor einer entscheidenden Wendung. Heute tagt das Landesarbeitsgericht, das in zweiter Instanz den „Rechtsstreit“ um Willems Schiedsspruch entscheiden soll. Die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten versuchen abermals, den Kampfwillen der Arbeiterschaft zu töten und ihre Front zu brechen, indem sie hemmungsloses Vertrauen in die „Objektivität“ des bürgerlichen Arbeitsgerichts, dieses willenlosen Organs des kapitalistischen Klassenstaates, predigen.

Die KPD sagt als einzige Partei in Deutschland den kämpfenden Arbeitern die Wahrheit. Der kapitalistische Staat ist das künstliche Werkzeug der brutalsten Schanzmacher. Sein Arbeitsgericht ist das bezahlte Organ der Hüttenbarone. Die Gewerkschaftsführer sind die bewußten Betrüger der ausgesperrten und ausgehungerten Metallarbeiter. Sie haben in Düsseldorf an einem Tisch mit den Unternehmern gefessen und den Abwürgungsvertrag mit allen Paragraphen ausgefertigt. Ihre Max ist die vollständige und schamlose Kapitalflucht. Ihre Absicht ist die Verlängerung des Reun- und Jehntages bis 1930, die Preisgabe selbst des elenden Schiedsspruches, die Fortarbeit zu den alten Löhnen und die bedingungslose Rückkehr in die Betriebe unter den härtesten Bestimmungen.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben den Vertrag bereits ausgefertigt, aber sie wagen es nicht, ihn zu unterzeichnen. Sie zittern vor der Veröffentlichung des Geheimprotokolls ihrer Verhandlungen mit den Metallindustriellen, die wir gestern forderten und die wir heute erneut verlangen. Warum unterschreiben die Gewerkschafts-

führer nicht, was sie selbst ausgefertigt haben? Warum geraten sie ins Zittern und Schwanken?

Weil der Druck der Massen Partei ist! Weil er immer weiter anwächst, weil die revolutionären Kampfleitungen bereits mehr als hunderttausend Ausgesperrte organisatorisch erfasst haben! Und weil die Sympathie einer vierstel Million hinter ihnen steht.

Darum sind die Düsseldorfer Geheimverhandlungen ausgeflogen. Der glänzende Kampfwille der Massen, ihre feste Führung durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und durch die kommunistische Partei hat zum ersten Male seit langen Jahren eine großangelegte Abwürgungsaktion der Reformisten gesprengt. Nichts zeigt so deutlich wie diese Tatsache, daß im Ruhrgebiet ein Durchbruchkampf von größter Bedeutung angefochten wird.

Kein Zweifel, daß nach dem heutigen Spruch des Arbeitsgerichts erneut die Verhandlungen zwischen Reformisten und Unternehmern beginnen. Kein Zweifel, daß die Unternehmer auf der ganzen Front vorstoßen. In Mitteldeutschland ist die Aussperrung bereits über weitere fünfzigtausend Arbeiter verhängt. Die Berliner Metallindustriellen werden nachfolgen.

Die Arbeiterfront steht im Ruhrgebiet. Ihre revolutionäre Leitung stellt sich und zeigt, daß sie allein imstande ist, den proletarischen Wirtschaftskämpfen eine entschlossene Führung zu geben. Die Arbeiterfront ganz Deutschlands muß ihre Unterstützungsfaktion für die Ruhrkämpfer verstärken. Sie muß Geld für die Aussperrten sammeln. Sie muß darüber hinaus ihre eigenen Kräfte sammeln, um den Hüttenarbeitern aktive Hilfe zu leisten.

Es lebe der proletarische Durchbruchkampf gegen Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformismus!

Am 23. November, vor fünf Jahren, erließ der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert durch seinen Bevollmächtigten, den General v. Seekt, das Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands. Schon vorher hatte die Bourgeoisie, gestützt auf die Hilfe ihrer sozialdemokratischen Minister und der monarchistischen Generale, einen Verfolgungsfeldzug gegen die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse eingeleitet, um ihre bedrohte Klassenherrschaft gegen die proletarische Revolution zu sichern. Im September 1923, als die Forderung des kapitalistischen Deutschland im Gefolge von Ruhrbesetzung, Cuno-Regime und Inflation immer trassere Formen annahm, wurde der Belagerungszustand verhängt. Es folgte der Reichswehrmarsch in Sachsen und Thüringen im Oktober, der offene Angriff der Bourgeoisie, der dank der opportunistischen Führung der KPD durch die Brandler und Thalheimer und dank des jämmerlichen Betratts der sogenannten „linken“ sozialdemokratischen Führer in Sachsen und Thüringen nicht jenen proletarischen Widerstand fand, der den Angriff mit dem Gegenangriff, die Diktatur der Generale mit der Organisierung des proletarischen Aufstandes hätte beantworten müssen.

Die kampflöse Oktober-Rieberlage der deutschen Arbeiterklasse — ermöglicht durch den Mangel revolutionärer Erfahrungen und die Unreife der kommunistischen Bewegung — machte den Weg frei für den zeitweisen Wiederaufstieg des deutschen Kapitalismus, den Weg frei für täglich neue, täglich brutaleren Angriffe der Bourgeoisie. Zwar loderte die Flamme der Revolution noch einmal mit dem heroischen Aufstand der Hamburger Barrikadenkämpfer empor, aber — isoliert durch das Verjagen der Partei im Reich, die noch nicht fähig war, von sich aus sofort die opportunistische Politik der Spitze zu korrigieren —, mußten auch die Helden des Hamburger Oktober-Aufstandes den Kampf abbrechen. Und nun folgte der Schandfriede der Ebert und Seekt am 23. November 1923.

Alle Machtmittel der Polizei, des Spikellapparates und der Justiz, unterstützt von der gesamten Bourgeoisie und der Führung der ADGB und der SPD, wurden eingesetzt. So hoffte der Beauftragte Friedrich Eberts und des Reichsverbandes der deutschen Industrie, General Seekt, die kommunistische Bewegung endgültig zerschlagen zu können. Die Parteigelder wurden beschlagnahmt, Mitgliederlisten und Mitgliedsbücher geraubt, Druckereien, Zeitungen und Parteibüros verfielen, Funktionäre zu vielen Tausenden verhaftet. Es gab Gebiete, in denen alle maßgebenden Funktionäre der Partei eingekerkert wurden. 3515 Schutzhaftbefehle ließ das Reichswehrministerium in einem Zeitraum weniger Wochen ausstellen. Viele Hunderte, ja Tausende von Genossen verirrten man in Untersuchungshaft. Gleichzeitig mit dieser Offensive der offiziellen Organe des kapitalistischen Staates setzte in den Gewerkschaften seitens der reformistischen Bürokratie eine verstärkte Ausschlußkampagne gegen Kommunisten und mit ihnen sympathisierende revolutionäre Arbeiter ein. Auch die Dritten im Bunde, die Unternehmer selber, warfen zu Zehntausenden kommunistische Arbeiter aufs Straßengpflaster.

Es war die klare, unzweideutige Wiederholung des Bismarckschen Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie, wie es 45 Jahre zuvor in Kraft gesetzt wurde. Nur ein Unterschied bestand: die Bourgeoisie des entwickelten kapitalistischen Deutschland und ihr Staatsapparat mit seiner sozialdemokratischen Spitze führte den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung hundertfach brutaler, raffinierter und infamer noch, als es Bismarck mit seinen Mitteln fertiggebracht hatte.

Und doch scheiterten die Ebert und Seekt, die Severing und Konforten genau ebenso an den geschichtlichen Kräften der Arbeiterklasse, am Opferwillen, Mut und Heroismus der proletarischen Abwehr, wie ein halbes Jahrhundert zuvor Bismarck Schiffbruch erlitten hatte.

Gerade in der Illegalität entwickelte die Partei, die zuvor unter der Auswirkung der Oktoberniederlage von Stimmungen der Niedergeschlagenheit und Furcht bedroht schien, jene frischen, befreienden revolutionären Kräfte, an denen alle Verfolgungen alle Brutalitäten des Generalkrieges zunichte werden mußten. Die verbotene Organisation blieb erhalten, sammelte ihre Reihen und führte trotz aller Hemmungen der Illegalität einen schweren inneren Kampf zur Klärung und Ueberwindung der opportunistischen Fehler und Inkonsistenzen durch. Die unterdrückten Zeitungen wurden nicht mundtot gemacht. An Stelle der „Roten Fahne“, die als legale Tageszeitung bestanden hatte, traten die illegalen

## Weitere 50000 Metallarbeiter werden ausgesperrt

### Ausdehnung des Kampfes auf Mitteldeutschland — Die Metallindustriellen stoßen weiter vor — Lohnherabsetzung gefordert

III. Halle, 22. November. Der Arbeitgeberverband für die mitteldeutsche Metallindustrie hat die Tarifabkommen zum 31. Dezember d. J. gekündigt. Die Kündigung erstreckt sich auf Vohsental, Arbeitszeitabkommen und Mantelkarl. Betroffen werden in den drei Tarifgebieten Magdeburg, Halle und Anhalt insgesamt etwa 50000 Arbeiter. Die Kündigung erfolgt zwar angeblich, um eine Vereinigung der Tarifverhältnisse herbeizuführen und einem erwarteten Borgehen der Arbeitnehmerschaft zuvorzukommen. Daneben ist aber ein Zusammenhang mit dem Konflikt der Gruppe Nordwest nicht von der Hand zu weisen, da die mitteldeutsche Metallindustrie in hohem Maße von Materiallieferungen aus dem Westen abhängig ist.

Halle, 23. November. Die Unternehmer der mitteldeutschen Metallindustrie verlangen Verlängerung der bisherigen Tarife auf mehrere Jahre. In ihrer Erklärung schreiben sie:

„Sollten die Metallarbeiter auch im übrigen mitteldeutschen Gebiet Forderungen auf Lohnherabsetzungen erheben, so werden die Metallindustriellen die Forderung auf Lohnherabsetzung stellen.“

Außerdem wird in der Erklärung über die rückläufige Konjunktur in der Eisen verarbeitenden Industrie berichtet, die „eigentlich eine Lohnniederlegung erforderlich mache“.

Zwar ist die Aussperrung noch nicht endgültig ausgesprochen, bis jetzt sind nur die Verträge, aber noch nicht die Arbeitsverhältnisse gekündigt. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß auch die Kündigung der Arbeitsverhältnisse in den nächsten Tagen folgen wird.

Die Aktion der mitteldeutschen Metallindustriellen steht in direktem Zusammenhang mit der Aussperrung an der Ruhr. Gestern haben wir die Sympathieerklärung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zum Ruhrkampf veröffentlicht. Die „Rote Fahne“ erklärte dazu:

„Es war von vornherein klar, daß der Schlag der Stahlmagnaten an der Ruhr im Einverständnis mit den zentralen Organisationen der deutschen Metallindustriellen durchgeführt wurde. Es ist kaum zu bezweifeln, daß möglicherweise die gesamte Macht dieses Verbandes zugunsten der Ruhrindustriellen in die Waagschale geworfen wird.“

Die Bestätigung folgte sofort. Einer der wichtigsten Zeile des Gesamtverbandes der mitteldeutschen Metallindustriellen kommt den Metallmagnaten an der Ruhr zu Hilfe.

Die gesamte Arbeiterklasse muß die Bedeutung des Kampfes an der Ruhr begreifen und bei den Klassenfeinden lernen. Es steht hier wirklich Klasse gegen Klasse.

### Geschlossene Front der Unternehmerverbände

Kampfbeschluß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen die Hüttenarbeiter

Im Anschluß an den Verband deutscher Metallindustrieller veröffentlicht jetzt der Vorstand der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie einen Beschluß zum Ruhrkampf, in dem gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch in der schärfsten Form Stellung genommen und zum Schluß erklärt wird, daß sich beide Organisationen „in voller Erkenntnis der Tragweite des jetzigen Konfliktes für die ganze deutsche Wirtschaft geschlossen hinter die nordwestliche Gruppe des Reichsdeutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellen. Beide Organisationen haben beschlossen, die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“